

**Dringliche Motion Fraktion FDP (Philippe Müller): Teure Planwirtschaft im Sozialamt abbauen: Kompetenzzentrum Arbeit (KA) auslagern!**

Die Stadt Bern schreibt rote Zahlen, der Kanton droht mit einer Bevormundung der Stadt im finanziellen Bereich, falls sich die Situation nicht bessert. Runde Tische brüten über Sparmöglichkeiten. Insbesondere die Kosten im Sozialbereich bilden für das Gemeinwesen eine sehr grosse Belastung. Und diese Kosten nehmen noch immer ständig zu. Umso mehr wären Werte wie „Kostenbewusstsein“ und „Effizienz“ gefragt. Im Sozialamt der Stadt Bern scheinen sie nicht Einzug halten zu wollen.

Innerhalb des Sozialamtes gibt es (hervorgegangen u.a. aus dem Bereich Weiterbildung und Beschäftigung) eine Organisation mit dem klingenden Namen „Kompetenzzentrum Arbeit“ (KA). Dieses ist zuständig für die Abklärung zur Integration von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt. Der Personalbestand im KA wurde 2003-2006 mehr als verdoppelt (ohne Personaleinsparungen andernorts). Die Kosten für die Abklärung zur Arbeitsintegration haben sich nur schon zwischen 2005 und 2006 mehr als verdoppelt. Diesem stark steigenden Aufwand steht ein rückläufiger Erfolg gegenüber: Die Integrationsquote hat 2000-2005 um satte 4096 abgenommen!

Ins Bild passt dabei die planwirtschaftliche „Steuerungsvorgabe“, 850 Abklärungen pro Jahr durchzuführen. Dabei ist die Anzahl Abklärungen von den Fallzahlen abhängig und kann somit gar nicht „gesteuert“ werden. Das KA müsste sich nicht vornehmen, so und so viele Abklärungen durchzuführen (reine Outputsteuerung), sondern das Ziel müsste vielmehr sein, so und so viele Arbeitsintegrationen zu erreichen. Unsere Sozialbeamten müssen sich nicht selbst Arbeit beschaffen, sondern messbare Erfolge erzielen!

Das sehen übrigens auch die Experten der NSB-Evaluation genau gleich (Protokoll „Boxenstopp“ vom 7.12.2006): „Zum Beispiel Arbeitsintegrationsmassnahmen werden gemacht, um die Arbeitslosigkeit zu senken“ und: „das Ziel ist weniger Arbeitslosigkeit. Wenn Sie das Ziel mit der Anzahl durchgeführter Arbeitsmarkt-Integrationsmassnahmen messen, messen Sie etwas Falsches, weil Sie die Leistungen messen und nicht die Wirkungen.“

Pikant ist ferner, dass vor ca. 1 Jahr offenbar Fr. 150'000.00 für die (externe) Ausarbeitung eines „Gesamtkonzepts Kompetenzzentrum Arbeit“ bereitgestellt wurden.

Nicht weiter erstaunt unter diesen Gegebenheiten, dass die vom Kanton im Rahmen des Konzeptes „Beschäftigungs- und Integrationsangebote BIAS“ zur Verfügung gestellten Gelder in der Gemeinde Bern nicht ausreichen, um die Kosten der beruflichen Integration zu decken.

Unter diesen Umständen drängt sich ein klarer Richtungswechsel auf. Das KA muss auf Erfolge fokussiert werden und nicht auf Arbeitsbeschaffung in eigener Sache. Im Sozialamt ist dieser Richtungswechsel derzeit kaum zu haben.

Daher fordern wir den Gemeinderat auf

1. das Kompetenzzentrum Arbeit auszulagern
2. mittels eines Leistungsvertrags die relevanten Ziele zu vereinbaren
3. die Nettokosten im Rahmen des vom Kanton zur Verfügung gestellten BIAS-Kredites zu finanzieren.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

*Begründung der Dringlichkeit*

Alle Sparmöglichkeiten sind in Bern zurzeit dringlich (Runder Tisch).

Bern, 1. Februar 2007

*Dringliche Motion Fraktion FDP* (Philippe Müller), Karin Feuz-Ramseyer, Christoph Zimmerli, Mario Imhof, Christian Wasserfallen, Christoph Müller, Sandra Wyss, Markus Kiener, Ueli Haudenschild, Hans Peter Aeberhard, Stephan Hügli-Schaad

*Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.*